



PRO LESEN e.V.

c/o Mertens & Medien Tucholskystr. 9 60598 Frankfurt

Offener Brief an die Fraktionen  
der Stadtverordnetenversammlung  
von Limburg an der Lahn  
Werner-Senger-Str. 10

65549 Limburg a. d. Lahn

## PRO LESEN

Förderverein für Kultur und Literatur  
in Frankfurt a.M.-Sachsenhausen  
und das Bibliothekszentrum Sachsenhausen e.V.

c/o Klaus Philipp Mertens  
Tucholskystr. 9  
60598 Frankfurt a.M.

Tel. (069) 61 99 35 98

E-Mail: [pro-lesen@t-online.de](mailto:pro-lesen@t-online.de)

Internet: [www.pro-lesen-frankfurt.de](http://www.pro-lesen-frankfurt.de)

Vorstand:

Klaus Philipp Mertens

(Alleinvertretungsber. Erster Vorsitzender)

Ilse Klingler (Stellvertr. Vorsitzende)

Ursula Feldhausen (Stellvertr. Vorsitzende)

den 09.09.2016

**Die Auswirkungen des „Falls Ralf Bender“ erreichen Frankfurt am Main:  
Ein Kulturverein, die Stadtbücherei Frankfurt am Main und ein Verlag erhalten  
anonyme Schmähbriebe mit beleidigenden sowie offenen und versteckten Gewalt-  
androhungen aus dem rechtsradikalen Milieu.**

Sehr geehrte Damen und Herren Stadtverordnete,

der gemeinnützige Literatur- und Kulturverein PRO LESEN e.V., Förderverein des städtischen Bibliotheksentrums in Frankfurt-Sachsenhausen, führte im April dieses Jahres im Rahmen seines jährlich zehn Ausstellungen und Vorträge umfassenden Programms eine einwöchige Veranstaltung zum Themenkreis »Aufarbeitung der Nazi-Vergangenheit und neonazistische Strömungen« durch. Im Mittelpunkt standen der Umgang der Evangelischen Kirche mit ihren judenchristlichen Mitgliedern und Pfarrern im „Dritten Reich“ und das Verhalten von Behörden und öffentlichen Einrichtungen heute gegenüber Nazi-Kampagnen. An dem Vortrag nahmen als Gäste auch Ralf und Reiner Bender teil.

Das Interesse der Bevölkerung war überdurchschnittlich groß, viele Besucher zeigten sich erschüttert von den Ereignissen in Limburg. Eine Dokumentation, die von unserem verlegerischen Partner anhand öffentlich zugänglicher Gerichtsakten und Presseberichte sowie nach Interviews mit Ralf und Reiner Bender erstellt wurde, konnte im Vergleich zu unseren anderen Publikationen eine überproportionale und überregionale Aufmerksamkeit erzielen. Bis Anfang September wurde sie über 2000-mal aus dem Internet heruntergeladen. Üblicherweise machen die ca. 800 Einzelbesucher, die im Jahresdurchschnitt unsere Themenwochen frequentieren, von solchen Angeboten Gebrauch.

Das gesteigerte Interesse ist leider auch auf eine Serie von Schmähbriefen aus dem rechtsradikalen Untergrund zurückzuführen, die den Verein, seinen Verlagspartner, eine mit ihm kooperierende öffentliche Bibliothek und mich als Ersten Vorsitzenden seit Ende August erreichen. In diesen anonymen Briefen wird die Aktion von Ralf und Reiner Bender im April 2013 und deren Folgen zum Anlass genommen, um demokratisch gesinnte Bürger durch direkte und versteckte Drohungen einzuschüchtern und sie vor einer „nationalen“ Wende zu warnen, die ähnlich wie die Französische Revolution von der Guillotine begleitet sein würde. Ich persönlich wurde als „geistesgestört“, „asozial“, „Linksfaschist“ (ein Kampfbegriff aus dem Italien der 20er Jahre, der 1967 von Jürgen Habermas verwendet, von ihm aber bald danach zurückgezogen wurde), „KPD-freundlich“ (als diese Partei 1956 verboten wurde, war ich noch ein Kind) sowie als „Vorbereiter des Holocausts am deutschen Volk“ bezeichnet. Die Liste der Schmähungen ist damit leider noch nicht zu Ende. In einer dieser Hetzschriften bekennt sich der anonyme Verfasser ausdrücklich zu AfD und Pegida. Auffällig ist auch die Benutzung von Aufklebern, die von der Zeitung „Junge Freiheit“ verbreitet werden. Letztere sieht sich augenscheinlich in der Nachfolge des Goebbels-Blatts „Das Reich“ sowie der „konservativen Revolution“ der 20er Jahre, einer Vorbereiterin des Nationalsozialismus.

Die Pamphlete wurden der Polizei übergeben; der Hessische Staatsschutz hat weitergehende Ermittlungen wegen des Verdachts der Volksverhetzung veranlasst.

Dennoch sind die Menschen, die im April an der Veranstaltung teilnahmen bzw. sich später über das Thema informierten, sowie alle, die regelmäßig unsere Veranstaltungen im städtischen Bibliothekszentrum Sachsenhausen besuchen, sehr besorgt. Erst heute erreichte mich angesichts der nicht endenden Welle infamer Beschimpfungen eine Solidaritätsadresse der Leitung der Stadtbücherei Frankfurt am Main. Sie alle halten eine passive Haltung gegenüber verfassungsfeindlichen Bestrebungen für den falschen Weg. Und deswegen erwarten sie ein Zeichen. Ein Zeichen, das nicht zuletzt auch aus der Stadt kommen müsste, in der sich Ralf und Reiner Bender demonstrativ der rechten Szene entgegenstellten: aus Limburg an der Lahn.

Deswegen habe ich in meiner Position als Geschäftsführer des ebenfalls ins Visier gewaltbereiter Verfassungsfeinde geratenen verlegerischen Partners von PRO LESEN e.V., der Mertens & Medien GmbH, Herrn Bürgermeister Dr. Marius Hahn am 24. August einen Brief geschrieben und darin mehrere Fragen zum Fall Bender gestellt sowie um Unterstützung gegen rechte Hetze gebeten. Daraufhin meldete sich am 29.08.16 Herr Johannes Laubach, der Pressesprecher der Stadt, telefonisch bei mir. Es war ein sachliches Gespräch zwischen Quasi-Kollegen; denn ähnlich wie er habe auch ich einen journalistischen Hintergrund (Zentralredaktion des Evangelischen Pressedienstes / Gemeinschaftswerk der Evangelischen Publizistik). Ich habe ihm erläutert, warum uns, die wir als Folge der Ereignisse in Limburg jetzt in Frankfurt bedroht werden, die Beantwortung der gestellten Fragen als notwendiger Weg er-

scheint, um den rechtsradikalen Gruppen deutlich zu machen, dass sie mit keinerlei Unterstützung durch Behörden rechnen dürfen. Denn allem Anschein nach fühlen sich diese rechten Hassprediger durch die Inaktivität der Limburger Behörden im März/April 2013 sowie im Januar 2014 bestärkt. Auch die Schadensersatzforderung gegen Ralf Bender, der keine Strafanzeige gegen die Verursacher der Nazi-Schmierereien gegenüberstand, wurde anscheinend als Schwäche oder gar als stillschweigendes Einverständnis des demokratischen Staats gewertet.

Der Presse entnahm ich, dass sich die Stadtverordnetenversammlung von Limburg an der Lahn am 26. September dieses Jahres mit dem Thema beschäftigen wird. Deswegen lege ich Ihnen, meine Damen und Herren Stadtverordnete, die aus unserer Sicht ungeklärten Fragen ebenfalls vor:

- Warum hat der seinerzeitige Bürgermeister (gegebenenfalls eine von ihm beauftragte Dienststelle) in seiner Funktion als örtliche Ordnungsbehörde gemäß HSOG keine Anzeige gegen die Verursacher der verfassungsfeindlichen Schmierereien gestellt?
- Warum wurde die Zeit der Osterferien 2013 nicht genutzt, um die rechtsradikalen Parolen in der Nähe von Schulen im Sinn der gebotenen Gefahrenabwehr unverzüglich zu beseitigen? Die hätte, wenn man die in der Datenbank der „Neuen Juristischen Wochenschrift NJW“ dokumentierten Entscheidungen in vergleichbaren Sachen heranzieht, Vorrang genießen müssen vor allen anderen Routineaufgaben des städtischen Bauhofs.
- Warum unterließen es Bürgermeister und Ordnungsamtsleiter ein Dreivierteljahr nach diesem Vorfall, das Hakenkreuz vor dem jüdischen Friedhof, auf das Ralf und Reiner Bender die Verwaltung am 27. Januar 2014 (einen Tag nach der Veranstaltung zum internationalen Holocaust-Gedenktage), aufmerksam machten, unverzüglich beseitigen zu lassen, statt sich dafür vier Wochen Zeit zu nehmen?
- Wie erklärt sich die Handlungsweise der Stadtverwaltung, die trotz des Polizeiprotokolls, in dem die von Ralf Bender (je nach Lesart) bearbeiteten bzw. beschädigten Laternenpfähle und Verkehrsschilder dezidiert genannt sind, zunächst von 36 Objekten statt von 14 im Galmerviertel ausging?
- Warum wurde angesichts der, wie man aus Fotos ersehen kann, sehr unterschiedlichen Farbanhaftungen an den Objekten keine exakte Auftragserledigung dokumentiert, was zu einer völlig unangebrachten Durchschnittsrechnung führte, die den Beklagten faktisch auch mit solchen Kosten belastete, die Dritten, also den Verursachern, gegenüber hätten geltend werden müssen?

- Warum war die Stadt Limburg in der Güteverhandlung vor dem Amtsgericht dazu bereit, auf die Forderung weitgehend oder gar vollständig zu verzichten, sofern der Beklagte eine Art Schadenseingeständnis zu Protokoll gegeben hätte? Ging es weniger um Geld als um die Durchsetzung eines Prinzips? Verträgt sich diese Haltung mit der eingeleiteten und schließlich durch Spender abgewehrten Zwangsvollstreckung?

Der Verein PRO LESEN e.V, seine regelmäßigen Besucher im Bibliothekszentrum Frankfurt-Sachsenhausen, die von ihm geförderte Stadtbücherei Frankfurt, seine Unterstützer außerhalb Frankfurts und seine Gesprächspartner in den Medien fühlen sich durch die Neonazi-Szene in ihren kulturellen und publizistischen Freiheiten und Entfaltungsmöglichkeit eingeschränkt und bedroht. Und dies, weil wir einen Vorgang thematisierten, der in Limburg allem Anschein nach bis jetzt aus dem öffentlichen Bewusstsein verdrängt wird. Darum warten wir auf ein Signal aus dieser Stadt.

Mit freundlichen Grüßen

A handwritten signature in black ink, reading 'KPH Mertens'. The initials 'KPH' are written in a stylized, blocky font, followed by the name 'Mertens' in a cursive script.

Klaus Philipp Mertens

Erster Vorsitzender von PRO LESEN e.V.